

Adenauer: „Die Mauer muß weg“

Gespräche mit USA-Journalisten — Treffen mit de Gaulle und Macmillan

Bonn (Eigenbericht). Vor seiner Reise nach Washington forderte Bundeskanzler Adenauer, die Mauer in Berlin müsse verschwinden, ehe Ost und West mit Erfolgsaussichten verhandeln könnten. Er betonte ferner, die Freiheit Berlins und seine Verbundenheit mit der Bundesrepublik könnten nicht Verhandlungsgegenstand sein. Vor weiteren Verhandlungen mit Moskau müsse der Westen seine Einigkeit wieder herstellen und seine militärische Stärke verbessern.

Der Kanzler machte diese Äußerungen vor amerikanischen Journalisten. Er empfing u. a. Außenminister Schröder, den früheren Außenminister von Brentano, die Botschafter Grewe und Kroll sowie Staatssekretär Carstens. Es wird angenommen, daß Carstens dabei über seine

in der Berlin- und Deutschlandfrage dienen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es zu neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu Beginn des nächsten Jahres kommen wird.

Auf einem Pressetee mit den amerikanischen Journalisten sagte Adenauer, ohne eine enge Verbindung zur Bundesrepublik könne Berlin nicht leben. Berlin sei aber eine Frage, die nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Völker angehe, die ihre Freiheit bewahren wollten. Der Kanzler bestätigte damit in Bonn bereits umlaufende Gerüchte über die Forderung der Bundesregierung nach einer „offensiven Diplomatie“.

Kroll, der Krenl und das Telefon

Ein mysteriöser Anruf nachts um 3 — Gezielte Indiskretion?

„Blumen an die Mauer“

Der Berliner Hochschularbeitskreis Unteilbares Deutschland hat ein Stück Mauer in der Straße des 17. Juni aufgestellt. Eine Inschrift mahnt: „Eure Freiheit ist unser Auftrag“.

An diesem Mahnmal sollen Kränze niederlegt werden für die Opfer der Mauer.

Da die Mauer es auch den Westberlinern verwehrt, die Gräber ihrer Angehörigen auf Ostberliner Friedhöfen zu besuchen, ruft das Kuratorium Unteilbares Deutschland auf, Blumen für die Toten an der Mauer in der Straße des 17. Juni oder am Kreuz in der Bernauer Straße niederzulegen.

Gespräche mit dem französischen Außenminister Couve de Murville berichtet.

Nach dem Besuch bei Kennedy wird der Bundeskanzler, wie in Bonn bestätigt wurde, außer mit de Gaulle auch mit Premierminister Macmillan treffen. Die Zusammenkunft soll in erster Linie der Festlegung eines neuen westlichen Kurses

Moskau (dpa). Unmittelbar nach der amtlichen Bonner Bekanntgabe, daß zu den geistigen Vätern des „neuen sowjetischen Vier-Punkte-Programmes“ auch der deutsche Botschafter Kroll gehört, wurde in Moskau die Frage diskutiert, wer in der Nacht vom 9. auf den 10. November westliche Pressevertreter in Moskau über diese „sowjetischen“ Vorschläge informiert hat. Alle westlichen Korrespondenten, die um drei Uhr morgens den mysteriösen Anruf erhielten,

mußten sich zu strengster Diskretion verpflichten.

Politische Beobachter halten es nicht für ausgeschlossen, daß bei dem Anruf eine gezielte Indiskretion von sowjetischer Seite vorliegt, um das deutsch-amerikanische Verhältnis mit Adenauer zu trüben. Immerhin erscheint es als möglich, daß man auf sowjetischer Seite die Trübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses für so wichtig hielt, daß man das Risiko der Abberufung Krolls bewußt auf sich nahm.

12 Ostberliner Ärzte geflüchtet

Krebs-Klinik büßte die meisten Spezialisten ein

Berlin (ap). Zwölf Ärzte der Robert-Rössle-Klinik in Berlin-Buch sind seit dem 13. August nach Westberlin geflüchtet. Damit gehört die Klinik, die sich auf Krebs spezialisiert hat, zu jenen Krankenhäusern in Ulbrichts Machtbereich, die nach der Schließung der Sektorengrenze die meisten Einbußen an wissenschaftlichen Kapazitäten hatte.

Der prominenteste unter den geflüchteten Ärzten der Robert-Rössle-Klinik war nach einer

Meldung des Informationsbüros West der stellvertretende ärztliche Direktor und Chefarzt Professor Dr. Lührs. Außer ihm waren der Chefarzt der Inneren Abteilung, Dr. Zahnert, der wissenschaftliche Arbeitsleiter der Strahlenabteilung, Dr. Vetter, und eine Reihe von Assistenzärzten nach Westberlin gekommen. Die Klinik hat ferner zahlreiche Angehörige des mittleren medizinischen Personals verloren.

Walpurgisnacht

E.-A. J. Das waren noch Zeiten, als Straßen am helllichten Tage von Majestäten und Präsidenden, Landräten und Dorfschulzen feierlich ihre Namen erhielten, mit Kränzchen um das Emailleschild, Feuerwehrkapelle, schönen Reden und einem Sekfrühstück! Gewiß, mancher Ruhm verblich, und manches Straßenschild mußte veränderten Umständen angepaßt werden. Die Zeiten und die Menschen sind nun einmal so.

Es gab einmal eine Zeit — und wer von uns erinnerte sich ihrer nicht? —, da verkünde-

Die Gefühle derer für den Straßenpatron, die die Ziegel zu schleppen und den Zement zu mischen hatten, blieben freilich bis zu jenem denkwürdigen Augenblick im verborgenen, da sie die Schippen wegwarfen und durch eine spontane Parade auf der Straße den Beweis sozialistischer Zufriedenheit lieferten. Josef Wissarionowitsch war damals soeben verstorben, aber der unerwartete Jubel über ihn und sein Werk schien die Ruhe des großen Toten wenig zu stören. Pfäffig blickte sein Bronzeabguß Jahr für Jahr in die liebliche Landschaft, die seinen Geist vom Keller bis zu den Türmchen atmete. Wufte er doch hinter den süßen Fassaden teure Genossen wohnen.

Zerstört das Idyll! Verrat in der Finsternis! Pflügt man nicht Leichen am Tag abzuholen? Und wo ist es üblich, die Straßen bei Nacht und strömendem Regen umzubenennen? Beim Spitzbart! Das hat Karl Marx nicht verdient! Hätte man dem Erzwater nicht wenigstens ein paar schwarze Anzüge, eine zerschellende Flasche VEB-Sekt und die Vopo-Kapelle gewünscht? Straßenumbenennung mit Maschinenpistole und bei Scheinwerferlicht! Die Walpurgisnacht ist vergleichsweise harmlos dagegen, wenn man bedenkt, daß die Hexen bei Tagesanbruch verschwunden sein müssen. Weit weg, hinter allen Bergen und nicht hinter dem nächsten Häuserblock.

und durch freie Wahl Berliner, jetzt in die Regierung eintritt? Manche erwarten von ihm, er dorthin die Rolle überträgt, die er bisher im Bundeshaus gespielt hat. Es mag ja auch in der Regierung in Zukunft, besonders da jetzt eine Partnerschaft zwischen zwei Parteien besteht, Konflikte genug geben, die nach einer kundig ordnenden und beschwichtigenden Hand verlangen. Andere sehen Krone schon als „zweiten Mann“ im Kabinett, als eine graue Eminenz, die größeren Einfluß auf die Politik hat als die Minister mit den größten Aufgabenbereichen; und bei einigen gehen die Gedanken sogar noch weiter und richten sich auf die Zeit, wenn Dr. Adenauer einmal die Zügel in jüngere Hände legt.

Berlin-Konferenz der West-Außenminister

Washington (upi). Die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik sind übereingekommen, eine Konferenz über die Berlin-Frage abzuhalten. Die Konferenz wird wahrscheinlich im Dezember in Paris stattfinden.

ten Straßennamen ein politisches Programm. Da wurde plötzlich aufgeräumt unter den Feld-, Wald- und Wiesenstraßen. Aber die Frankfurter Allee in Berlin blieb davon verschont.

Eine Straße jedoch, die den paradiesischen Zustand irdischen Schreitens und Wohnens bereits vorwegzunehmen trachtete, hatte es bisher noch nirgends gegeben. Die Erfüllung solcher selbstgestellten Aufgabe von metaphysischer Perspektive war den Kommunisten in Ostberlin vorbehalten. Das Werk gelang, weil seine Schöpfer bei jedem Ziegelstein, den sie auf den anderen setzen ließen, an den Genius dachten, der über der Straße schwebte und dem sie von Geburt an geweiht war: Josef Wissarionowitsch Stalin.

Minister Krone

W. W. (Bonn). „Zirkus Krone“ nannte man in den letzten Jahren in Bonn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weil ihr Vorsitzender Dr. Heinrich Krone hieß. In der Bezeichnung klang die allgemeine Achtung mit, die Krone sich in dieser Zeit als ein Mann erworben hat, der nie „Chef“ seiner Fraktion sein wollte und es doch immer verstand, unmißverständlich an ihrer Spitze zu stehen. Wenn es heute in Bonn einen Streit zu schlichten, ein heikles Problem zu lösen gilt, fällt der Blick sofort auf Krone.

Was bedeutet es, wenn dieser Mann, gebürtiger Niedersachse

Von alledem will Krone selbst nichts wissen. Er sieht seine eigentliche Aufgabe darin, den Kanzler zu beraten. Seit Jahren ist er immer mehr in diese Rolle des politischen Beraters hineingewachsen und hat mit dazu beigetragen, daß aus den „einsamen Beschlüssen“ weitestens Entscheidungen einer kleinen Gruppe von verantwortungsbewußten Männern wurden. Das Gefühl der Verantwortung ist vielleicht das kennzeichnendste an diesem Mann, der ursprünglich Studienrat werden wollte, dann aber mit jungen Jahren schon von der Politik ergriffen wurde. Vor fast drei Jahren, bei den ersten Überlegungen, wer Nachfolger von Theodor Heuss werden sollte, haben manche an Krone gedacht, aber er selbst hat es damals abgelehnt, nach dem höchsten Amt im Staate zu streben. Ihm liegt das Repräsentieren nicht, und vom Glanz und Flitter der Gesellschaft hält er wenig. Seine Domäne ist das Beratungszimmer, und wer ihn darin trifft, wird immer eine solide, auf Tatsachen gegründete Meinung und ein abgewogenes Urteil finden. Es ist gut, daß er in ein Kabinett eintritt, in dem er die Stimme Berlins mit so gewichtigem Rat verstärken kann.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Stalin, Stalin“ — schrien sie einst im Chor

Zehn Jahre stand das SED-Symbol im Ostsektor — Nur widerwillig stimmte Ulbricht seiner Entfernung zu

Berlin (dpa). Die Entfernung des Stalin-Denkmals und die Tilgung seines Namens von den Straßenschildern der Ostberliner Prunkallee, vom Firmenschild des Elektroapparate-Werkes im Sowjetsektor und von den Ortstafeln der Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats am Oder-Spree-Kanal haben eines gemeinsam: die Korrekturen geschahen ohne erneute politische Abrechnung mit dem toten Diktator in aller Stille durch einen kleinen Verwaltungssakt.

Ebert ging voran

Am auffälligsten ist, wie sehr sich der SED-Chef Ulbricht aus all dem heraushält. Während sich Chruschtschow in Moskau mit seinem ganzen persönlichen Prestige für die neue Entstaltungsphase eingesetzt hatte, überließ es Ulbricht dem Oberbürgermeister des Berliner Sowjetsektors, Friedrich Ebert (SED), die „Stalinallee“ und den „volkseigenen“ Betrieb umzubenennen und das Stalin-Denkmal fortzuschaffen. In „Stalinstadt“ im Bezirk Frankfurt/Oder mußte der dortige Bezirkstag die für Ulbricht so peinliche Rolle übernehmen, den neuen Namen „Eisenhüttenstadt“ einzuführen.

Keiner dieser Tilgungsakte trägt die Unterschrift Ulbrichts. Nur widerwillig, dem Zwange der politischen Notwendigkeit gehorchend, scheint der SED-Führer ihnen zugestimmt zu haben. Alle Stalin-Erinnerungen, die am Montag und in der Nacht zum Dienstag in Ostberlin und Bezirk Frankfurt/Oder beseitigt wurden, gingen nämlich auf die Initiative Ulbrichts zurück.

Ulbricht war es, der nach dem Tode des gefürchteten Kreml-Herrn im März 1953 einen SED-Partei-befehl unterzeichnete, in dem es hieß, daß „zur Ehre und zum Ruhme des großen Stalin“ der Wohnstadt des Eisenhütten-Kombinats der Name ‚Stalinstadt‘ verliehen werde.

Ulbricht bestimmte: „Das Elektroapparatewerk Treptow erhält den Namen ‚J. W. Stalin‘. Die Hochschule für Plan-Ökonomie erhält den Namen ‚J. W. Stalin‘.“

Ulbricht gab mit der Anweisung: „Es werden Reproduktionen von Stalinbüsten und Stalinstatuen sowjetischer Künstler hergestellt.“

Die Stalinstatue an der „Stalinallee“ hatte Ulbricht schon zu Lebzeiten seines damaligen Herrn und Meisters am 3. August 1951 enthüllt. Diese Bronzefigur war das erste Stalin-Denkmal, das jemals auf deutschem Boden aufgestellt wurde. Es stand insgesamt zehn Jahre und drei Monate auf seinem Platz, einem planierten Ruinengrundstück, das früher zum Sitz einer alten Berliner Weingroßhandlung gehörte.

Als 1951 der Stalinkult in der Zone auf Betreiben Ulbrichts die heftigsten Blüten trieb, durfte nicht einmal der damalige Staatspräsident Pieck die Einweihungsfeier für den Bronze-Stalin leiten. Diesen Akt behielt sich Ulbricht vor. Bei der Enthüllung der Statue, die Stalin in Napoleonpose, rechte Hand in der Knopfleiste des Uniformrocks, zeigte, rief Ulbricht am Sockel stehend aus: „Möge dieses Kunstwerk Symbol des Kampfes für den Frieden sein und vor allem die Jugend Deutschlands in ihrem Kampf um Frieden und ein einheitliches demokratisches Deutschland ermuntern.“

Noch extremer war die Stalin-Anbetung am 21. Dezember 1949 zu Stalins 70. Geburtstag, als die große Ostberliner Ausfallstraße Frankfurter Allee den Namen „Stalinallee“ erhielt. Man hatte diese Straße ausgewählt, weil über sie 1945 die sowjetischen Panzerformationen im Kampf um Berlin ins Stadttinnere vorrollten. „Auf dieser Straße ist der Friede in die Stadt gekommen“, jubelte damals die SED-Propaganda.

Wie in Ekstase gebärdete sich die gesamte Zonenpromi-

nenz am Vorabend des Stalin-Geburtstages im Ostberliner Varieté „Friedrichstadtpalast“, als eine „Stalin-Kantate“ uraufgeführt wurde. Nach der Vorstellung trat der Autor dieses Politwerkes, Kurt Bartel, genannt „Kuba“, an die Rampe und mit ihm schrien die dreitausend versammelten Funktionäre mindestens fünf Minuten lang unter heftigem Taktklatschen „Stalin, Stalin“.

Am Abend des 21. Dezember wurden zur Straßentaufe der „Stalinallee“ 50 000 FDJ-Mitglieder, Volkspolizisten und Betriebsarbeiter zu einem „Weihemarsch“ aufgeboten. Die damals noch stark zerstörte Allee wurde durch ein riesiges Feuerwerk grell beleuchtet. Man brannte ein großes Stalinbildnis aus Feuerwerkskörpern ab, bei deren Verglimmen schließlich nur noch der Schnurrbart zu sehen war.

Zwei Monate später legte die SED-Führung den Grundstock des ersten Häuserblocks der „Stalinallee“, deren Häuser später im monströsen Zuckerbäckerstil sowjetischer Prägung erbaut wurden. Nur Funktionäre und andere vom Regime bevorzugte Mieter durften die Wohnungen beziehen.

Jetzt Literatursäuberung?

Nach zwölf Jahren heißt die breite Straße dort, wo noch keine neuen Häuser stehen, wieder Frankfurter Allee, während der von den Ostberlinern „Klein-Moskau“ getaufte „sozialistische“ Teil nun „Karl-Marx-Allee“ genannt wird. Während die zwölf Jahre alten Straßenschilder mit dem Namen Stalin auf dem Schrottplatz landeten, beginnt in Ostberlin auch eine Literatursäuberung, der auch Kubas Gedicht „Stalinallee“ zum Opfer fallen dürfte. Einer der Verse über die Ausfallstraße lautet:

„Grad aus, zu Stalin führt der Weg, auf dem die Freunde kamen./Sagt, wie soll man Stalin danken?/Wir gaben dieser Straße seinen Namen.“



DIESER EINGANG zur Berliner Stadtmision wurde von sowjetzonalen Grenzpolizisten zugemauert. Westberliner befestigten daraufhin dieses Schild mit der Aufschrift: KZ Deutschland — Berlin. (Schirner-Bild)



Bürgermeister Amrehn ist wiederhergestellt und hat seine Dienstgeschäfte aufgenommen. Seine erste Amtshandlung war es, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten von Mali, Bocoim, zu begrüßen und ihm eine Nachbildung der Freiheitsglocke als Erinnerung an Berlin zu überreichen.

BILDER DER WOCHE



Prof. Ferdinand Friedensburg, 75 Jahre. Widerstandskämpfer gegen Hitler, von den Sowjets und von Ulbricht verfolgt, ein Mann von großem Format. Mitbegründer der CDU und Berliner Abgeordneter in Bonn.



Dr. Krone, gebürtiger Niedersachse, Wahlberliner und hervorragender Politiker, bisher Fraktionsführer der CDU/CSU im Bundestag, nun aber Minister an der Seite Bundeskanzler Adenauers.



„Hör uff, soweit is det leider noch nicht!“

